

„Letzter in Europa“ – auf diese traurige Bilanz von dreieinhalb Jahren Rot-Grün macht ein neues Transparent hinter der Glasfront der CDU-Bundesgeschäftsstelle in Berlin aufmerksam.



EDMUND STOIBER:

## Schilys Gesetz begrenzt Zuwanderung nicht

■ **Bessere Integration** ■ **Begrenzung der Zuwanderung** und ■ **Öffnung für Fachkräfte in Mangelberufen** – das sind die drei **Hauptforderungen**, die Edmund Stoiber an ein **Zuwanderungsgesetz** stellt, dem auch die **uniongeführten Länder im Bundesrat** zustimmen könnten.

Der Regierungsentwurf erfüllt diese Forderungen aber nicht. Er steht der Zielsetzung der Union sogar

„diametral“ entgegen. Stoiber: „Auch der noch kurz vor der Bundestagsdebatte am 1. März veränderte Entwurf sieht keine Begrenzung, sondern Erweiterung der Zuwanderung vor.“

Schily habe nur bewiesen, wie leicht sich den Medien ein falscher Eindruck vermitteln lässt – allein dadurch, dass man in den ersten Paragraphen ein irreführendes Wort hineinschreibt.

Siehe auch: Seite 2-7

### INHALT

LAURENZ MEYER

zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur nachgelagerten Besteuerung: Rot-grüne Rente ein Scherbenhaufen

SEITE 12

DOKUMENTATION

Von einem Kompromissangebot bei der Zuwanderung kann keine Rede sein. Erklärung des stellv. Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Bosbach, und des innenpolitischen Sprechers Erwin Marschewski

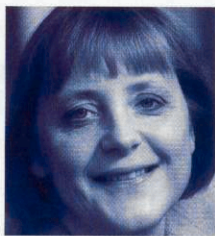


■ Friedrich Merz: Zuwanderungsgesetz konzeptionell und handwerklich mangelhaft. Aus der Rede des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Bundestagsdebatte am 1. März (Seite 4-7) ■ Laurenz Meyer zu den neuesten Arbeitslosenzahlen: Rot-Grün kann es einfach nicht – Chaos statt Konzept (Seite 8) ■ Annette Widmann-Mauz: Unionsfrauen und Edmund Stoiber einig: Mehr für die Frauen in Deutschland erreichen (Seite 9) ■ Interview mit Eckhardt Rehberg: Die Wahl am 22. September entscheidet sich im Osten (Seite 10-11) ■ Frau & Politik 1/2002: Terra incognita (Seite 17) ■ Angela Merkel und Hermann-Josef Arentz: Betriebsratswahlen sind so wichtig wie politische Wahlen (Seite 18-19) ■ Im Sinne von Solidarität und Subsidiarität. Erklärung des CDU-Auslandsverbands Brüssel-Belgien zur Konstituierung des Europäischen Konvents (Seite 19)

ANGELA MERKEL:

## Der Punkt, Herr Bundeskanzler, über den wir streiten

**Aus der Rede der Parteivorsitzenden in der Bundestagsdebatte über das Zuwanderungsgesetz am 1. März:**



Der Gesetzesentwurf, den Sie vorgelegt haben, zeichnet sich – so weit noch richtigerweise – dadurch aus, dass er zwei Gruppen von Zuwanderung berücksichtigt, und zwar zum einen die humanitären Fälle und zum anderen die Fälle des Arbeitsmarktes. Bei den humanitären Fällen haben wir uns genauso wie Sie weiter dem Art. 16 des Grundgesetzes verpflichtet und wir verpflichten uns ebenso wie Sie, die Genfer Flüchtlingskonvention einzuhalten, wie das alle Länder dieser Welt, die vernünftig sind, tun.

Es wird aber niemand bestreiten, dass Sie in einer relativ künstlichen Formulierung

im Gesetzentwurf nicht von der Einhaltung der Genfer Flüchtlingskonvention reden, sondern „in Anwendung der ...“ sagen und dann die Sachverhalte erweitern. Das ist der Punkt, über den wir streiten. Herr Bundeskanzler, wenn Sie heute Morgen schon hätten anwesend sein können, dann hätten Sie gehört, dass Friedrich Merz ausdrücklich darauf hingewiesen hat, dass in Fragen von Einzelfällen humanitärer Schicksale, die es in unserem Lande in der Tat gibt, mit uns darüber zu reden ist, wie wir diese Fälle lösen können.

Es geht aber nicht mit generalistischen Klauseln. Das will ich ausdrücklich sagen. Es stellt sich die Frage – das ist das eigentlich Neue und die interessante Situation, der wir uns alle in den ver-

## IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 € Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.



gangenen Jahren nicht geöffnet hatten: Gibt es die Notwendigkeit der Zuwanderung aus eigenen deutschen Interessen und nicht nur aus Gründen der Humanität, denen wir uns verpflichtet fühlen? Diese Frage haben wir gemeinsam mit Ja beantwortet, wir haben sie aber unterschiedlich beantwortet, was die Frage unserer Interessen betrifft.

### Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme und nicht in den Arbeitsmarkt

Ich sage Ihnen, dass wir in der Bundesrepublik Deutschland seit 1972 eine Entwicklung haben, dass sich die Zahlen der ausländischen Bürgerinnen und Bürger, die bei uns leben, mehr als verdoppelt haben, während die Zahl derer, die sozialversicherungspflichtig Beschäftigungsverhältnisse haben, geringer ist als 1972. Das heißt, es hat eine Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme gegeben und nicht in den Arbeitsmarkt. Diese Entwicklung muss umgekehrt werden. Es muss gesteuert werden. Deshalb sagen wir: Es muss eine richtige Steuerung der Zuwanderung nach Deutschland geben.

## ANGELA MERKEL:

### Rot-Grün zu Reformen auf dem Arbeitsmarkt unfähig

**Die Lage auf dem Arbeitsmarkt und die Reform der Bundesanstalt für Arbeit waren die wichtigsten Themen, die das Präsidium auf seiner Sitzung am 4. März in Berlin erörtert hat.**

Inzwischen habe sich, wie die Parteivorsitzende auf einer Pressekonferenz erklärte, „erfreulicherweise“ gezeigt, dass die Schröder-Regierung Vorschläge aus dem Konzept der CDU für eine „aktive Arbeitsmarktpolitik“ übernommen habe. Allerdings sei fraglich, ob Rot-Grün überhaupt noch die Kraft aufbringe, die notwendigen Reformen durchzusetzen. So bekomme der designierte Chef der

Bundesanstalt für Arbeit, Florian Gerster, von Arbeitsminister Riester bereits vor Amtsantritt „Sperrfeuer und Gegenwind“. Zugleich machte Angela Merkel deutlich, dass die notwendigen Reformen von der Regierung vorgeschlagen werden müssten, nicht von der Verwaltung.

Gerster hatte Einschnitte bei den Unterstützungsleistungen für ältere Arbeitslose gefordert. Diesen Einzelvorschlag bezeichnete die Parteivorsitzende als „falsch“. Es sei ein „Irrweg, Menschen mit 55 oder noch jünger in den Vorruhestand zu schicken und dafür auch noch Transferleistungen auszugeben“.

Herr Bundeskanzler, es ist doch unstrittig, dass wir bei Fachpersonal – Ingenieuren oder Technikern – durchaus Bedarf haben und dass wir mehr Studenten brauchen. Auf diesem Feld haben Sie mit Ihrer Green-Card einen relativ lockeren Vorschlag gemacht, bei dem eine Sache sehr interessant war. Es hat sich nämlich ge-

zeigt, dass von 20 000 möglichen Informatikern gerade mal 5 000 gekommen sind, weil die Arbeitsbedingungen in Deutschland so sind, dass kein Interesse besteht, hier zu arbeiten. Das ist das Problem, das uns umtreiben muss.

Die Wahrheit ist doch, dass die 20 000 Plätze für Informatiker gar nicht ausge-



schöpft sind und inzwischen wegen der Konjunkturlage mehr Informatiker entlassen worden sind, als überhaupt zu uns gekommen sind. Wir müssen deswegen doch gar nicht schreien, sondern wir sollten lieber versuchen, die Bedingungen an unseren Hochschulen und die Bedingungen für die Forschung zu verbessern. Das können wir an anderer Stelle machen.

### Eine Steuerung der Zuwanderung findet nicht statt

Was Sie jetzt bei der Arbeitsmarktzuwanderung machen, das ist eine unspezifische Regelung, die nach unserer Meinung eben gerade nicht sicherstellt, dass die Steuerung der Zuwanderung in den Arbeitsmarkt wirklich stattfindet. Wir haben die Sorge, die Befürchtung und

auch die sichere Erkenntnis, dass hier wieder eine Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme stattfinden wird. Das ist der Grund dafür, dass wir Nein sagen.

Da Sie uns vielleicht nicht sofort glauben, muss ich Sie einfach noch einmal an das erinnern, was die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zusammen mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund Ihnen noch in die Ausschussberatungen hinein geschickt hat, nämlich dass der geplante § 39 des Aufenthaltsgesetzes geändert werden muss. Es heißt wörtlich: Die Vorschrift sieht in ihrer derzeitigen Fassung vor, dass die örtlichen Arbeitsämter jeweils nach Ermessen ihr eigenes Zuwanderungsprogramm festlegen können.

Aufgrund wechselnder regionaler und politischer Interessenlagen werden auf

diese Weise unvorhersehbaren und willkürlichen Entscheidungen Tür und Tor geöffnet. Das haben sie nicht im Januar geschrieben, sondern das haben sie jetzt aufgrund der Veränderung geschrieben. Sie haben nichts weiter geändert, als dass Sie das Benehmen mit den Landesarbeitsämtern, die übrigens der Bundeskanzler abschaffen will, herstellen. Sonst haben Sie nichts geändert, und Sie haben die Bedingungen des DGB und der BDA nicht erfüllt.

### Wir sind an einer sachlichen Diskussion interessiert

Herr Bundeskanzler, Sie haben gesagt, Sie möchten, dass die weitere Diskussion sachlich geführt wird. Wir sind an dieser sachlichen Diskussion interessiert. Sie haben gesagt, Sie möchten nicht, dass der Bundesrat missbraucht wird. Genau daran sind auch wir interessiert. Es gibt für den Bundesrat ganz einfache Verfahrensvorschriften: Koalitionsregierungen haben Verträge abgeschlossen, nach denen werden die Entscheidungen gefunden. Insofern sehe ich der Debatte sehr gelassen und sehr ruhig entgegen.

## WOLFGANG BOSBACH:

### Wir haben einen **Mangel** an Integration

Die Zahl der Menschen, die wir jedes Jahr in unsere Gesellschaft integrieren müssen, liegt in der Größenordnung der Einwohnerzahl von Städten wie Nürnberg oder Dortmund. Es gibt also unübersehbare Integrationsprobleme in vielen Teilen unsers Landes. Glauben Sie denn ernsthaft, wir könnten diese Probleme mit mehr Zuwanderung lösen? Wir haben keinen Mangel an Zuwanderung. Wir haben einen erkennbaren Mangel an Integration.

Aus der Rede in der Bundestagsdebatte über Zuwanderung am 1. März



FRIEDRICH MERZ:

## Zuwanderungsgesetz konzeptionell und handwerklich **mangelhaft**

**Aus der Rede des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Bundestagsdebatte über das Zuwanderungsgesetz am 1. März:**

Wenn es richtig ist, dass dies ein großes, vielleicht sogar das größte Reformwerk der rot-grünen Koalition in dieser Legislaturperiode ist, dann stelle ich mir die Frage, warum der Bundesinnenminister zu spät kommt – gut, das kann passieren –, und vor allem, warum der Herr Bundeskanzler, der uns gestern Abend noch von München aus kritisiert hat, heute Morgen nicht auf der Regierungsbank sitzt.

### Gegenfrage

Ich will einen zweiten Sachverhalt beschreiben, der auffallend ist. In den letzten Tagen wurde immer gesagt, die rot-grüne Koalition sei uns mit ihrem Gesetzentwurf in den wesentlichen Dingen entgegengerufen; es sei sozusagen überhaupt nicht mehr möglich, dass wir ihn ablehnten. Dann stelle ich doch einmal



die Gegenfrage: Warum ist es das dritte Reformwerk dieser rot-grünen Koalition, bei dem nicht mit uns gesprochen wird, bei dem der Herr Bundeskanzler aber zum dritten Mal die Minister aus den PDS-regierten Ländern im Kanzleramt empfängt, um über dieses Thema zu sprechen?

Dieser Sachverhalt ist doch nicht ohne Bedeutung. Der Herr Bundeskanzler behauptet ständig, die Koalitionen von SPD und PDS in den Ländern seien eine Sache der betreffenden Länder. In Wahrheit haben die PDS-Minister schon längst – so war es auch in dieser Woche wieder nachzulesen – an seinem Kabinettsitz Platz genommen. Diese Minister sind dabei, wenn es darum geht, rot-grüne Gesetze zu machen.

Auch über diesen Tatbestand muss man reden.

Herr Kollege Veit, Sie haben – ich rechne damit, dass dies heute im Laufe des Tages noch mehrfach passiert; wahrscheinlich werden dies alle Redner der Koalition tun – die Kollegen Geißler, Süßmuth und Schwarz-Schilling in den Zeugenstand gerufen.

### Respekt für andere Meinungen

Ich will Ihnen dazu sagen, dass uns das nicht gefällt und ich mir gewünscht hätte, dass diesen Kollegen eine Ablehnung oder zumindest eine Enthaltung heute möglich gewesen wäre. Ich bedauere, dass sie sich so entscheiden. Ich respektiere ihre Haltung trotzdem. Sie werden Ihrem Gesetzentwurf zustimmen, ohne dass es Repressionen in unserer Fraktion gegen sie gibt.

Herr Kollege Veit, ich habe noch sehr gut in Erinnerung, dass Sie am 16. November des letzten Jahres zu den Abgeordneten im Deutschen Bundestag gehörten,

die anlässlich der Vertrauensfrage hier gesagt haben, sie hätten sich von der eigenen Bundesregierung erpresst gefühlt. Aus Ihrer Fraktion hat es rund 30 Abgeordnete gegeben, die erklärt haben, sie hätten bei der Vertrauensfrage des Bundeskanzlers nur zugestimmt, damit die Koalition an der Macht bleibe; in der Sache seien sie aber anderer Auffassung gewesen. Ich will Ihnen einmal sagen: Das unterscheidet uns von Ihnen.

### Mit Hilfe der Geschäftsordnung das Ende der Debatte herbeigeführt

Jetzt einige Anmerkungen zum Verfahren in dieser Woche. Es hat eine zwei-stündige Diskussion über 140 Änderungsanträge im Innenausschuss des Bundestages gegeben. Dann haben Sie mithilfe der Geschäftsordnung ein Ende der Debatte herbeigeführt und haben alle unsere Änderungsanträge abgelehnt und Ihre eigenen durchgezogen. Sie sind noch nicht einmal in der Lage gewesen, die Fristen einzuhalten, die für die ordnungsgemäße Beratung eingehalten werden müssen.

Dieses Gesetz ist konzeptionell und handwerklich mangelhaft und ver-

dient keine Zustimmung. Ich will unsere Ablehnung auch in der Sache begründen. Wenn Sie uns gesagt hätten, wir wollen eine Beschleunigung der Asylverfahren erreichen, dann hätten wir zugestimmt. Wenn Sie uns gesagt hätten, dass es darum geht, verfolgten Frauen einen besseren Status zu geben – es gibt beispielsweise in Berlin Einrichtungen, in denen diese Frauen betreut werden –, die in ihren Herkunftsländern – zum Beispiel in Bosnien, auf dem Balkan oder anderswo – auf schlimme Weise verletzt und vergewaltigt worden sind, dann hätten Sie bei uns Zustimmung gefunden.

In Wahrheit bezweckt dieses Gesetz aber etwas ganz anderes. Hier geht es um einen Paradigmenwechsel bei der Einwanderung und der Zuwanderung in die Bundesrepublik Deutschland. Es geht darum, dass eines der großen Projekte – insbesondere der grünen Partei – im Wahljahr realisiert wird, nämlich der Wechsel hin zu einer multikulturellen Einwanderungsgesellschaft. Dies lehnen wir ab.

Sie heben mit diesem Gesetz den Anwerbestopp auf, den es seit dem Jahre 1973 in Deutschland gibt. Der damalige Bundeskanzler Willy

Brandt hatte erklärt, dass bei einer Arbeitslosigkeit von 1,2 Prozent und bei einer Ausländerarbeitslosigkeit von 0,8 Prozent eine größere Zuwanderung nicht akzeptiert werden könne.

### Sie lösen die Probleme nicht, Sie verschärfen sie

Heute heben Sie bei einer Arbeitslosigkeit von 10 Prozent und einer Ausländerarbeitslosigkeit von 20 Prozent diesen Anwerbestopp auf. Dies ist mit dem Anspruch, den Sie stellen, nämlich in Deutschland eine stärkere Integration und mehr Beschäftigung gerade von Ausländern zu ermöglichen, nicht zu vereinbaren. Sie lösen kein einziges Problem; Sie verschärfen die Probleme.

Sie sehen in diesem Gesetzentwurf eine Härtefallregelung vor, die in Zukunft jedem Innenminister bei der Aufnahme zusätzlicher Ausländer in die Bundesrepublik Deutschland in einem sehr großen Umfang, also praktisch ohne jede Limitierung, Ermessen einräumt. Über die Härtefallregelung wird eine Begrenzung des Ausländerzuzugs nach Deutschland praktisch nicht mehr möglich sein. Ich



möchte einen weiteren Punkt ansprechen: Sie regeln den Familiennachzug neu, und zwar insbesondere für diejenigen, die in Deutschland gegenwärtig nur geduldet sind. Über deren Status kann man sprechen. Aber über den Nachzug der Familien derjenigen, die nur geduldet sind – das sind etwa 150 000 –, aber eigentlich ausreisen müssten, werden Sie eine wesentlich höhere Einwanderung nach Deutschland und damit auch in die sozialen Sicherungssysteme ermöglichen. Dies lehnen wir ab. Denn die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland verkraften das nicht.

### Ihre Ausnahmeregelungen werden zum Regelfall

Sie sehen eine neue Regelung in Bezug auf den Kindesnachzug vor. Wir haben Ihnen, obwohl wir der Meinung waren, dass der Zeitraum bis zu einem Alter von sechs bis zehn Jahren der richtige Zeitraum für den Nachzug von Kindern ist, angeboten, sich mit uns auf einen Nachzug bis zum zwölften Lebensjahr zu einigen, wenn Sie gleichzeitig auf jede weitere Ausnahmeregelung verzichten. Das haben Sie sofort abgelehnt.

Sie sehen Ausnahmeregelungen vor, die den Nachzug von Kindern nach Deutschland bis zum 18. Lebensjahr zum Regelfall machen werden. Dies lehnen wir ab, und dabei wird es auch bleiben. Zum Schluss möchte ich, Herr Bundesinnenminister, feststellen: Wir haben hier häufig über die Integration gesprochen. Ich möchte daran erinnern, dass unsere Fraktion vor mehr als drei Jahren im Januar 1999 im Deutschen Bundestag, der damals noch in Bonn war, ein umfassendes Konzept zur Integration der in Deutschland lebenden Ausländer vorgelegt hat.

Sie haben diesen Antrag auf Verbesserung der Integration der in Deutschland lebenden Ausländer sofort abgelehnt. Dass Sie Integration nicht wirklich wollen, sondern dass ein ganz anderes gesellschaftliches Leitbild hinter dem Gesetzentwurf steht, den wir heute verabschieden sollen, das will ich an einer einzigen Bestimmung dieses Gesetzentwurfes deutlich machen: Nach einem Aufenthalt von zwei Jahren in Deutschland gibt es gemäß der §§ 44 und 45 des Entwurfes eines neuen Aufenthaltsgesetzes – ich habe den Gesetzentwurf gestern Abend noch einmal sehr genau gelesen –

für keinen in Deutschland lebenden Ausländer mehr die gesetzliche Verpflichtung zum Besuch von Integrationskursen. Damit ist jeder Anspruch auf Integration in die deutsche Gesellschaft aufgegeben worden. Deswegen lehnen wir diesen Gesetzentwurf ab.

### Mehrheit der Deutschen ist ausländerfreundlich und tolerant

Sie versuchen, uns mit Stellungnahmen des Präsidenten des DIHK, der Kirchen, der Arbeitgeberverbände, der Gewerkschaften und vielen anderen unter Druck zu setzen. Wir wissen aber, dass die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung weltoffen, ausländerfreundlich und tolerant ist. Die deutsche Bevölkerung hat in den letzten Jahrzehnten eine solche Aufnahmebereitschaft und Ausländerfreundlichkeit unter Beweis gestellt, wie dies in keinem anderen europäischen Land der Fall war.

[http://](http://www.bundestag.de)

Die Reden – auch die von Wolfgang Bosbach – im vollen Wortlaut finden Sie unter:  
[www.bundestag.de](http://www.bundestag.de)  
 (Amtliche Protokolle, 222. Sitzung)

GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:

# Rot-Grün kann es einfach nicht: Chaos statt Konzepte

**Die Zahl der Arbeitslosen steigt proportional zu den untauglichen Lösungsvorschlägen dieser Bundesregierung. Die Lage ist beklemmend.**

Während rund 4,3 Millionen Menschen arbeitslos sind, ist Rot-Grün nicht in der Lage, sich den Anforderungen einer modernen und nachhaltigen Arbeitsmarktpolitik zu stellen. Die Zeche zahlen die Menschen, die einmal Hoffnung in diese Regierung gesetzt haben.

Statt die Einstellungsbedingungen für die große Gruppe der älteren Arbeitnehmer durch Flexibilisierung des Arbeitsmarktes zu verbessern, wird diskutiert, mit der Holzhammermethode älteren Erwerbslosen das Arbeitslosengeld zu kürzen. Das lehnen wir ab.



Hin und hergerissen zwischen Gewerkschaftslyrik und „die-Mitte-ist-links-Parolen“ wird jeder neue Denkanstoß im Keimerstickt. Statt dessen soll die bedrückende Situation durch Parallelstatistiken schön gerechnet werden. Darin hat Rot-Grün ja Übung. Schon die Zahl der Erwerbstätigen hat Rot-Grün zu Beginn der Legislaturperiode dadurch gepusht, dass man die 630-Mark-Jobs dazugerechnet hat. Allein im Jahr 2000 wurde dadurch die

Zahl der neu geschaffenen Stellen um 1,8 Millionen nach oben frisiert.

## Ablenkungsversuch

Auch die Diskussion um die Reform der Bundesanstalt für Arbeit dient für Schröder einzig und allein dem Ziel, vom Versagen der eigenen Regierung bei der Verhinderung von Arbeitslosigkeit abzulenken.

Es reicht nicht, Menschen erst dann zu helfen, wenn sie bereits arbeitslos sind. Die Regierung muss handeln, um die Rahmenbedingungen für mehr Beschäftigung zu verbessern. Das aber kann Schröder schon deshalb nicht, weil er keine Konzepte hat. Chaos statt Konzepte, das ist die sozialpolitische Philosophie dieser Bundesregierung.

Die Union beharrt weiterhin auf ihren Forderungen zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Deutschland braucht mutige Reformen und eine Regierung, die sie tatkräftig umsetzt. Diese Bundesregierung kann es einfach nicht.

## Peter Rau: Kurswechsel nötig

Eine Besserung auf dem Arbeitsmarkt ist ohne Kurswechsel in der Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik nicht zu erwarten. Schon seit Anfang 2001 herrscht in der Binnenwirtschaft Rezession. Die um außenwirtschaftliche Einflüsse bereinigte volkswirtschaftliche Wachstumsrate ist seit dem 2. Quartal 2001 negativ (2. Quartal: -0,7 %; 3. Quartal -1,4 %; 4. Quartal -2,1 %).



ANNETTE WIDMANN-MAUZ:

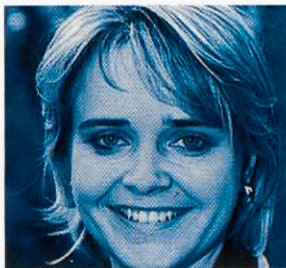
# Unionsfrauen und Stoiber einig: Mehr für die **Frauen** in Deutschland erreichen

Nach einem Gespräch der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit dem Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber am 28. Februar erklärte die Vorsitzende der Gruppe:

Edmund Stoiber setzt richtige und wichtige Zeichen. Im Gegensatz zu Bundeskanzler Schröder sind für ihn Frauen- und Familienpolitik elementar wichtige Politikfelder. Dies hat unser Kanzlerkandidat Edmund Stoiber bei der Sitzung der Gruppe der Frauen deutlich gemacht. Er betonte auch, dass er auf die Kompetenzen der weiblichen Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf keinen Fall verzichten könne.

Der Kanzlerkandidat der Union nannte unter anderem folgende Themen, bei denen er sich nach einer gewonnenen Bundestagswahl im Sinne der Frauen mit großem Engagement einsetzen wird:

- Verbesserung der Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt
- Unterstützung der Familien durch die Umsetzung



des von der Fraktion beschlossenen Konzeptes „Faire Politik für Familien“ mit den neuen Ansätzen zur Umsetzung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit, zur Erlangung sozialer Gerechtigkeit für Erziehende und zur Stärkung der Elternkompetenz

- Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch den bedarfsgerechten Ausbau von Kinderbetreuungsmöglichkeiten
- Bessere Zusammenarbeit

mit den Wirtschaftsunternehmen und Entwicklung von Strategien zur Förderung von Frauen in Führungspositionen.

Bei dem Gespräch mit unserem Kanzlerkandidaten ist den Mitgliedern der Gruppe der Frauen eines mehr als klar geworden: Mit Edmund Stoiber als Kanzler können wir mehr für die Frauen in Deutschland erreichen. Packen wir's an, damit er die Gelegenheit dazu erhält!

„**STADTPOLITIK** zwischen Krisenmanagement und Zukunftsgestaltung“ ist das Thema des Referats, das der Landesvorsitzende der CDU Sachsen, Georg Milbradt, am **26. März in Chemnitz** halten wird. Eingeladen hat dazu die Konrad-Adenauer-Stiftung. Im Rahmen eines kommunalpolitischen Forums werden Fragen zu „Städten mit Zukunft und Tradition“ gestellt, diskutiert und beantwortet. Aus München kommt der bayerische Innenminister Günther Beckstein.

## Die Wahl am 22. September entscheidet sich im **Osten**

**Im Wahlkampf 1998 hatte Gerhard Schröder den Aufbau Ost zur „Chefsache“ erklärt und Besserung insbesondere am Arbeitsmarkt versprochen. Rund dreieinhalb Jahre später ist offensichtlich, dass seine Regierung mit diesem Versprechen ebenso gescheitert ist wie mit langfristigen Perspektiven für den Aufbau Ost.**

Eckhardt Rehberg, Landesvorsitzender der CDU Mecklenburg-Vorpommern, hat Kanzlerkandidat Edmund Stoiber bei seiner ersten Informationsreise nach Neubrandenburg begleitet.

**War es wichtig und richtig, Herr Rehberg, dass Edmund Stoiber seine erste Informationsreise als Kanzlerkandidat gerade nach Neubrandenburg unternommen hat?**

**Eckhardt Rehberg:** Edmund Stoiber hat ein Zeichen gesetzt, dass er kein „Sunshine-Politiker“ ist, sondern dorthin geht, wo die Probleme am größten sind, wo es weh tut. Neubrandenburg ist der Arbeitsamtsbezirk mit der bundesweit



höchsten Arbeitslosigkeit. Angesichts der Lage in der Region gehört dazu eine gehörige Portion Mut. Die Menschen fühlen sich mit ihren Problemen von der Bundes- und Landespolitik allein gelassen. Die sogenannte „Chefsache Ost“ ist nur eine plumpe Wählertäuschung gewesen. Die Enttäuschung ist groß. Die Schere zwischen den neuen und alten Ländern geht in einigen Regionen dramatisch auseinander ...

**... die Unterschiede zwischen den Arbeitslosenzahlen in den alten und neuen Bundesländern sind wirklich erschreckend ...**

**Eckhardt Rehberg:** Die Arbeitslosigkeit lag in unserem Land im Januar bei 19,8 Prozent. Zwischen wirtschaftlich gut geführten

Ländern und uns liegen Welten. Besonders jüngere und ältere Menschen sind von der Arbeitslosigkeit betroffen. Die Probleme werden einfach verdrängt. Die Perspektivlosigkeit hat dazu geführt, dass junge motivierte Menschen in Scharen das Land verlassen. Das ist eine Abstimmung mit den Füßen, ein Sterben auf Raten. Dabei haben wir im Land alle Möglichkeiten, bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Das Potenzial ist groß, es wird nur nicht genutzt.

In Berlin haben wir keine Lobby. Beispielsweise hat sich der Kanzler für Hamburg als Airbusstandort ausgesprochen. In Rostock haben wir weitaus günstigere Standortbedingungen. Eine Großinvestition dieser Art in der Nähe von Rostock hätte unserem Land einen enormen Schub verpasst. Es geht um die fehlende Unterstützung seitens der Bundesregierung, die nicht einmal Geld kosten würde, aber zukunftsentscheidend ist.

**In den Medien wurde und wird angemerkt, ein Bayer könne im**



**Rest der Republik – zumal im Norden und Osten – nur Unverständnis ernten. Ausserdem seien die Probleme in den neuen Bundesländern dem Unions-Kanzlerkandidaten fremd. Teilen Sie diese Einschätzung?**

**Eckhardt Rehberg:** Nun, dies ist ja vor allem die Gegenstrategie der SPD, den Menschen solche Märchen unterzubeln. Ich glaube nicht, dass jemand darauf reinfällt. Edmund Stoiber kann mit einer beispiellosen Bilanz für sein Land aufwarten. Das ist sein Job. Er ist führungsstark und kompetent. Die sicher vorhandenen Showqualitäten des Kanzlers haben uns leider nicht voran gebracht. Wir brauchen wiedereinen Kanzler, der die Probleme der Länder und die Sorgen der Menschen ernst nimmt. Ich habe Edmund Stoiber all die Jahre als einen sehr aufmerksamen und fachkundigen Gesprächspartner kennen gelernt. Sein Ansatz, eine Zukunftsoffensive für die neuen Länder zu entwickeln, ist goldrichtig. Das werden wir gemeinsam anpacken. Mit unserem Programm und den darin enthaltenen Maßnahmen werden wir die Menschen überzeugen. Ich weiß, dass Edmund Stoiber sich für

ganz Deutschland genau so stark einsetzen wird wie für sein Bundesland.

**Edmund Stoiber hat in Neubrandenburg betont, dass er nichts versprechen wird, was nicht eingehalten werden kann. Wo sehen Sie die vordringlichsten Aufgaben?**

**Eckhardt Rehberg:** Das ist korrekt. Leere Versprechen haben die Menschen genug gehört. Wir müssen die Förder- und Investitionspolitik neu orientieren, damit sie tatsächlich Wachstumsimpulse für die neuen Länder auslöst. Wir müssen weg von der ineffektiven Gießkannenpolitik. Die Arbeitsmarktpolitik muss dringend dereguliert und wichtige Reformen im Sozial-, Gesundheits- und Steuerbereich auf Bundesebene müssen angeschoben werden. Außerdem brauchen die neuen Länder wieder eine Lobby in der Bundespolitik. Neben der wirtschaftspolitischen Unterstützung muss der Osten wieder Herzenssache des Kanzlers werden.

**Sie haben am 22. September selbst Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern. Kann man da überhaupt einen Landtagswahlkampf führen? Und welche landes-**

**politischen Akzente setzen Sie?**

**Eckhardt Rehberg:** Das ist in der Tat in der heißen Wahlkampfphase etwas schwierig. Wir haben deshalb unsere inhaltliche Offensive bereits im Februar gestartet. Als erste Partei haben wir ein umfassendes und konkretes Wahlprogramm vorgelegt. Ebenfalls im Februar haben wir ein alle Bereiche abdeckendes Konzept gegen die verheerende Abwanderung vorgestellt. Weitere Konzepte folgen in regelmäßigen Abständen. Die Abwanderung ist das Wahlkampfthema Nr. 1. Jede Familie ist inzwischen davon betroffen, unser Land blutet aus. Wir wollen das Problem nicht verdrängen, sondern entschlossen anpacken.

Weitere Schwerpunkte sind die Wirtschafts- und die Bildungspolitik sowie die innere Sicherheit. Da die Menschen von der trägen und kraftlosen SPD/PDS-Landesregierung die Nase gestrichen voll haben, sehe ich für die CDU sehr gute Chancen, einen Regierungswechsel herbeizuführen. Dabei arbeiten wir mit dem Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber und der Parteivorsitzenden Angela Merkel sehr eng und geschlossen zusammen. 

# Die rot-grüne Rente ist ein Scherbenhaufen

**Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur nachgelagerten Besteuerung ist knapp neun Monate nach Verkündung der Reform das rot-grüne Rentenkonzept hinfällig und muss komplett überarbeitet werden.**

Das Urteil macht deutlich: Die von der Bundesregierung gepriesene Rentenreform stand von Anfang an auf tönernen Füßen. Die Rentenreform hätte nicht ohne die Berücksichtigung der offenen Besteuerungsfrage in die Wege geleitet werden dürfen. CDU und CSU haben während der Beratung der Reform immer wieder auf diesen Missstand hingewiesen und den Gesetzentwurf unter anderem auch deswegen abgelehnt. Die Union ist jetzt vom Bundesverfassungsgericht ausdrücklich in ihrer Position bestätigt worden.

Die rot-grüne Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren sehr viel Vertrauen bei Arbeitnehmern und Rentnern durch viele nicht gehaltene Versprechungen verspielt. Erst kürzlich konnte sie einen Anstieg

der Rentenbeiträge verhindern, indem sie die Schwankungsreserve um rund 3 Milliarden Euro absenkte. Die Rentenkassen sind bei Rot-Grün in keinen guten Händen. Die zum 1. Januar abermals erhöhte Ökosteuer hat nicht zu einer Senkung der Rentenbeiträge geführt.

Die rot-grüne Bundesregierung muss umgehend drei Fragen beantworten:

■ **Wie kann eine zusätzliche Belastung der Rentnerinnen und Rentner vermieden werden?**

Die Rentenreform muss neu aufgerollt werden, dem Parlament muss ein verfassungskonformer Vorschlag zur Besteuerung der Altersrenten vorgelegt werden, damit die Wähler wissen, was nach der Wahl auf sie zukommt. Dabei wird darauf zu achten sein, dass die Rentenreform nicht einseitig zu Lasten der gegenwärtigen Rentenbezieher geht, andererseits die jetzigen Beitragszahler steuerlich ausreichend entlastet werden. Eine Doppelbesteuerung werden wir nicht zulassen.

■ **Wie soll das von der Bundesregierung ver-**

**sprochene Rentenniveau gehalten werden?**

Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist ein Kernelement der Rentenreform, das versprochene Rentenniveau von mindestens 67%, schon jetzt in Frage gestellt. Die Bundesregierung hat sich allerdings gesetzlich verpflichtet, geeignete Maßnahmen zu treffen, wenn eine solche Unterschreitung droht. Die Bundesregierung muss jetzt den Rentnern und Beitragszahlern mitteilen, wie sie ihre Zusagen einhalten will.

■ **Wie will Eichel sein Versprechen halten, bis 2004 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen?**

Die finanziellen Auswirkungen des Urteils betragen in der Endstufe rund 25 Milliarden Euro pro Jahr im Bundeshaushalt. Herr Eichel ist aufgefordert, ein Konzept vorzulegen, aus dem sich ergibt, wie er die Probleme finanzieren will, ohne Rentner und Beitragszahler zusätzlich zu belasten, und wie er vor diesem Hintergrund seine Sparzusagen gegenüber der EU einhalten will. **UD**



**ALS VERSAGER** sehen 44 Prozent der Bürgerinnen und Bürger von Sachsen-Anhalt Ministerpräsident Reinhard Höppner. Nur 37 Prozent finden, dass er seine Sache gut macht. Nach einer aktuellen Umfrage des Leipziger Instituts für Marktforschung liegen allerdings die Tolerierungspartner SPD und PDS – in der Addition – vorn, obwohl Rot-Rot als Regierungsbündnis nicht einmal von einem Drittel der Befragten gewollt wird.

**RIGOROSE** Sparbeschlüsse des Berliner Senats haben nach einer Forsa-Umfrage zu einem dramatischen Einbruch bei den Sympathioten der beiden Hauptakteure von Rot-Rot geführt. Die Arbeit des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit wird auf der Skala von plus fünf bis minus fünf nur noch mit 0,8 bewertet, der neue Wirtschaftssenator, PDS-Politiker Gregor Gysi, ist mit 0,6 noch näher an die Null-Linie herangerückt.

**WENIG VERTRAUEN** – nämlich von nur 27 Prozent der Deutschen – wird der amtierenden Bundesregierung entgegengebracht. Das Kabinett Schröder rangiert nach einer Umfrage von *Reader's Digest* hinter Kirchen, Radiosendern, Poli-

zei, Tageszeitungen, Post und Fernsehen. Selbst internationale Unternehmen und Gewerkschaften sind mit 36 und 32 Prozent vertrauenswürdig. Ganz schlecht schneidet die Schröder-Regierung mit ihrer Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik ab: der trauen nämlich nur 15 bzw. 14 Prozent der Befragten über den Weg.

**GERADE MAL** ein halbes Prozent der 6.500 Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU) wünscht nach einer Umfrage eine Fortsetzung der rot-grünen Koalition nach den Bundestagswahlen. 70 Prozent wollen eine CDU/CSU-FDP-Regierung. 78 Prozent ziehen Edmund Stoiber dem momentanen Amtsinhaber vor.

**DAZUGEWONNEN** haben im vergangenen Jahr nach der offiziellen Statistik für die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) die Betriebskrankenkassen: 5,8 Prozent neue Mitglieder. Entsprechend hat sich der Mitgliederschwind bei den großen Krankenkassen – AOK und DAK – fortgesetzt. Insgesamt hatten die gesetzlichen Kassen im Januar 2002 noch 50,96 Millionen Mitglieder – gut 35.000 weniger als vor Jahresfrist.

**DIE STÄRKUNG** der Hauptschule – das ist vor dem Hintergrund der Pisa-Studie ein „besonderes Anliegen“ der CDU-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg. Georg Wacker, bildungspolitischer Sprecher der Fraktion: „Mit dem Projekt Hauptschule streben wir einen höheren Praxisbezug der Hauptschulen an, Verbesserung der Lern- und Leistungsbereitschaft, aber auch die Ausbildung sozialer Kompetenzen bei den Hauptschülern.“ Großen Wert legt die CDU darauf, dass in den Bildungsplänen der Hauptschulen die für eine Berufsausbildung wichtigen Kernkompetenzen größeres Gewicht erhalten als bisher.

**SCHARFE KRITIK** an den Schulreformplänen der in Hannover regierenden Sozialdemokraten hat die niedersächsische CDU geübt. Die SPD wolle „aus ideologischen Gründen ganz offen den Weg in die Gesamtschule“ gehen, sagte der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Bernd Busemann. Von einer Abschaffung der nur in Niedersachsen existierenden Orientierungsstufe sei bei der SPD keine Rede mehr. Busemann: „Hier wird der Schulkrieg angezettelt.“ **UD**



FRIEDRICH MERZ:

## Die Räder greifen nicht mehr ineinander

**Aus der Rede des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf dem Kongress „Arbeit für alle – Konzepte für mehr Beschäftigung“ am 6. März in Gelsenkirchen:**

In den Düsseldorfer Leitsätzen „Zur Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft“ aus dem Jahre 1949 findet man die von Ludwig Erhard formulierte Maxime wieder:

„Die beste Sozialpolitik nützt nichts, wenn sich nicht Wirtschafts- und Sozialordnung wechselseitig ergänzen und fördern.“

**Wir sind in unserem Land genau an diesem Problem angelangt.**

Die Wirtschafts- und Sozialordnung in unserem Lande ergänzen sich nicht mehr. Die Räder greifen nicht mehr ineinander. Sie blockieren sich gegenseitig. Dies wird an vielen Beispielen deutlich.

Wenn in unserem Lande im zurückliegenden Jahr die Schattenwirtschaft weit kräftiger gewachsen ist als

die offizielle Wirtschaft, dann ist offenkundig Arbeit genug vorhanden. Aber ebenso offenkundig wird dadurch auch, dass ein Übermaß an Regulierung und Abgabenbelastung die Leistungsbereitschaft der Menschen hemmt.

Dies führt dazu, dass sich wirtschaftliche Dynamik nur noch in Bereichen milderer Regulierungsdichte wirklich entfalten kann. Wenn im zurückliegenden Jahr das wirtschaftliche Wachstum im Mittelstand und im Handwerk deutlich unter dem ohnehin schon schwachen gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt liegt, so ist dies ein deutliches Indiz für die schwierige Lage kleiner und mittelständischer Unternehmen. Also jener Unternehmen, die in der Vergangenheit deutlich am meisten zur Schaffung von mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätzen beigetragen haben.

[http://](http://www.cducusu.de)

Wortlaut der Rede:  
[www.cducusu.de](http://www.cducusu.de)

## Armutszeugnis

■ Auch die jetzt geplante „Nachbesserung“ bei der Abschaffung des Haushaltsfreibetrags ändert nichts daran: Rot-Grün streicht den Alleinerziehenden in den nächsten Jahren bis zu 1.300 Euro pro Jahr. Zwar sollen nun auch Ein-Eltern-Familien, die erst ab 2002 allein mit ihrem Kind leben, den reduzierten Haushaltsfreibetrag erhalten. Die „Korrektur“ ist aber nur ein Gnadenaufschub: ■ Der Haushaltsfreibetrag wurde ab 2002 drastisch reduziert. ■ Er wird bis 2005 weiter reduziert. ■ Dann wird er abgeschafft, und alle Alleinerziehenden werden steuerlich wie *singles* behandelt. **Maria Böhmer**, stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „Das ist Haushaltssanierung auf dem Rücken derer, die laut Armutsbericht der Bundesregierung zu den ärmsten Familien gehören.“

## Wahlbetrug

■ Nach der Bundestagswahl sollen alle Rentner Kassenbeiträge auf ihre gesamten Einkünfte leisten. Das steckt hinter dem 10. Änderungsgesetz des Sozialgesetzbuchs (SGB), das jetzt in 2. und 3. Lesung von Rot-Grün verabschiedet worden ist. Es führt, wie der gesund-



heitspolitische Sprecher der CDU/CSU, **Wolfgang Lohmann**, erklärte, außerdem zu Mindereinnahmen von bis zu 0,3 Milliarden Euro. Bei einem Defizit von bereits heute 2,5 Milliarden Euro ist das ein zusätzlicher Druck auf die Kassen, der Beitragserhöhungen unumgänglich macht.

### Diktat des Budgets

■ Die flächendeckende Krankenhausversorgung mit Qualität ist durch die rot-grüne Krankenhausreform gefährdet. Mit Fallpauschalen werden die Krankenhäuser noch schärfer als bisher unter das Diktat des Budgets gezwungen, und – entgegen ursprünglichen Zusagen – ist die Bundesregierung auf zentrale Forderungen der Union nicht eingegangen.

**Wolfgang Lohmann** und **Hans-Georg Faust**, Berichterstatter der CDU/CSU für Gesundheitspolitik: „Vor allen Dingen gibt es den Sicherstellungszuschlag nicht, der die Wirtschaftlichkeit von Krankenhäusern im ländlichen Raum hätte sicherstellen sollen.“

### Mit Füßen getreten

■ „An den Rand des Ruins“ hat Schröder die deutschen Städte, Kreise und Gemeinden regiert. Immer neue Aufgaben, Kosten und Eingriffe

in die kommunalen Einnahmen sind die Ursache einer erschreckenden Bilanz. Zusätzlich belasten 60 Prozent der EU-Entscheidungen die Gemeindekassen. **Peter Götz**, kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Dahinter steht die kommunalfeindliche zentralistische Politik ganz nach sozialdemokratischer Tradition.“

### Höhere Strompreise

■ Ein „Dokument der unschlüssigen Energiepolitik“ hat der Berichterstatter für Energiepolitik der CDU/CSU, **Kurt-Dieter Grill**, das KWK-Gesetz genannt, das mit der Koalitionsmehrheit am 1. März verabschiedet worden ist. Es subventioniert u.a. Kraft-Wärme-Koppelungs-Anlagen, die dem Gesetzeszweck der CO<sub>2</sub>-Verminderung zuwiderlaufen. Ebenso werden die Vorteile der Liberalisierung des Energiemarkts zu nichte gemacht, die von der CDU/CSU eingeleitet worden sind. Mittelstand und Tarifkunden werden schließlich die Kosten der Subventionierung zu tragen haben.

### Postenschacher

■ Mit einer deutlichen Warnung hat sich der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Friedrich Merz**, an die Bundesländer gewandt,

die der Bundesbankreform im Bundesrat noch zustimmen müssen: „Die rot-grüne Regierungskoalition will mit dieser Reform nicht nur die bewährte föderale Struktur der Bundesbank zerschlagen, sondern vor allem lukrative Posten für Sozialdemokraten und Grüne schaffen.“ Unbedingt verhindert werden müsse, dass Parteizugehörigkeit vor Fachkompetenz rangiere.

### Mittelstand gefährdet

■ „Energischen Einsatz“ für eine stärkere Mittelstandsorientierung der geplanten Eigenkapitalvorschriften hat der mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU, **Hansjürgen Doss**, von den deutschen Verhandlungsführern bei den Baseler Konsultationen (Basel II) gefordert. Zu den Forderungen des Mittelstands gehören vor allem: Verzicht auf Aufschläge für langfristige Kreditlaufzeiten, stärkere Berücksichtigung der bisher in Deutschland banküblichen Sicherheiten sowie ein Bonus für kleinere Unternehmen beim internen *rating* durch die Banken.

### Unsachgemäß

■ Für Schützen, Jäger und Sammler hat der rot-grüne Gesetzentwurf eines neuen Waffenrechts „katastrophale“ Folgen. Um mit Sach-



kunde doch noch ein vernünftiges Gesetzesziel zu erreichen, hat die CDU/CSU-Fraktion für den 20. März eine öffentliche Anhörung im Innenausschuss beantragt und Vertreter der Gewerkschaft der Polizei, des Deutschen Schützenbundes, des Deutschen Jagdschutzverbands, des Forums Waffenrecht und der Waffensammler als Sachverständige benannt. **Erwin Marschewski**, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU, und **Hartmut Koschyk**, Berichterstatter zum Waffenrecht: „Die Probleme müssen sachgerecht gelöst werden.“

### Gegen Kahlschlag

■ Als wertvolle Unterstützung seiner schwierigen Aufgabe hat Erhard Busek die Initiativen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Stabilitätspakt Südosteuropa gewürdigt. Dabei hob der EU-Sonderkoordinator aus Österreich den Antrag gegen den haushaltspolitischen Kahlschlag hervor, mit dem Rot-Grün die Entwicklungskooperation mit den Transformationsstaaten gefährdet. Busek bedauerte, dass die EU-Kommission die Konfliktprävention vernachlässige und dem Kooperationssektor Bildung und Erziehung zu wenig Beachtung schenke.



ANDREAS SCHMIDT:

## SPD mitten im Spendensumpf

**Der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im 1. Untersuchungsausschuss erklärte:**

Der Schmiergeldskandal um das NRW-SPD-Präsidiumsmitglied Norbert Rüter ist der GAU für die SPD. Mit einer beispiellosen Hetzkampagne hat die SPD, gesteuert von ihrem Generalsekretär Franz Müntefering und dem Fraktionsvorsitzenden Peter Struck, mit Billigung des Parteivorsitzenden Gerhard Schröder die CDU seit Jahren diffamiert, obwohl die CDU eigene Verstöße gegen das Parteiengesetz intensiv aufgeklärt hat. Jetzt ist im Landesverband Münteferings in Verbindung mit einer Schmiergeldaffäre ein ausgeklügeltes, illegales Parteienspendensystem der SPD-NRW aufgefliegen.

Bisher sind es 340.000 DM (174.000 Euro) Bestechungsgelder, die – als anonyme Spenden getarnt – gestückt in den SPD-Parteikassen verschwunden sein sollen, und kein Spitzengenosse will etwas bemerkt haben. Wir werden im 1. Untersuchungsausschuss un-

verzüglich die Beiziehung aller Unterlagen bei der SPD, der zuständigen Oberfinanzdirektion und der Staatsanwaltschaft und u.a. die Vernehmung des jetzigen SPD-Landesvorsitzenden Harald Schartau und seines Vorgängers Franz Müntefering beantragen, um Licht in das Dunkel dieser Affäre zu bringen.



### Gleiche Messlatte

Ich fordere Bundestagspräsident Wolfgang Thierse auf, an seine Partei die gleiche Messlatte anzulegen wie an die CDU und unverzüglich alle nach dem Parteiengesetz zulässigen Sanktionen gegen die SPD zu verhängen.

Auf der Internetseite der SPD heuchelt die SPD-Bundesschatzmeisterin, Frau Inge Wettig-Danielmeier, im übrigen auch heute noch: „Transparenz ist uns oberstes Gebot, die Einhaltung des Parteiengesetzes Verpflichtung.“



## Terra inkognita

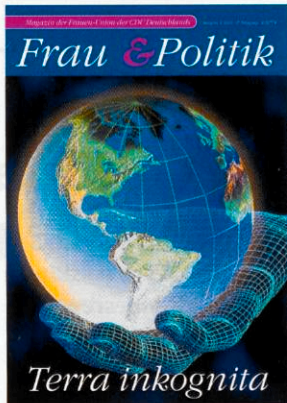
### Flucht aus der Büchse der Pandora oder Aufbruch ins Land der Hoffnung?

■ Schwerpunktthema der ersten Ausgabe des frauenpolitischen Magazins der Frauen-Union ist die Diskussion in der Bio- und Gentechnologie. Mit der Entscheidung des Bundestages am 30. Januar für ein grundsätzliches Nein zum Stammzellenimport, bei dem Ausnahmen streng begrenzt und kontrolliert von einer Behörde möglich sind, wurde nur ein vorläufiger Abschluss der Debatte gefunden. Der in unserer Gesellschaft schwelende Zwiespalt bleibt bestehen. Die Diskussion ist nicht nur aus wissenschaftlichen, sondern auch unter frauenpolitischen Gesichtspunkten von großer Bedeutung für die Frauen in

Deutschland. Neben einer ausführlichen Darstellung der Problematik mit Glossar und den Regelungen anderer Staaten, finden Sie eine Chronik der Diskussion sowie Adressen für weiterführende Informationen.

■ Terra inkognita gilt auch für das zweite Schwerpunktthema zur Lage der Frauen in Afghanistan, die vielen Menschen in Deutschland weitgehend unbekannt ist. Seit dem Spätherbst des Jahres 2001 hat die Frauen-Union gemeinsam mit der Mutterpartei Anstrengungen zur Linderung der schlimmen Lage unternommen. Sie hat sich in einem ersten Schritt einem Projekt der Deutschen Welthungerhilfe unter Vorsitz von Ingeborg Schäuble angeschlossen und zu Spenden aufgerufen.

**Christoph Ahlhaus** ist neuer Landesgeschäftsführer der Hamburger CDU. Er ist seit 16 Jahren Mitglied der CDU und seit über zehn Jahren als Vorsitzender des CDU-Stadtbezirksverbands Heidelberg-Altstadt/Schlierbach aktiv. Ahlhaus hat seine Aufgabe vom bisherigen Geschäftsführer Wulf Brocke übernommen, der am 1. Februar Leiter des Verbindungsbüros der KAS in Sofia geworden ist.



■ Im Beitrag „...denn du bist ein Mädchen“ erfahren Sie nicht nur mehr über die Lage der Frauen unter dem Taliban-Regime, sondern auch welche Hoffnungen Organisationen im Lande selbst auf eine zukünftige Entwicklung setzen, welche Anstrengungen erforderlich sind und wie Sie helfen können.

„Frau & Politik“ können Sie über die Bundesgeschäftsstelle der Frauen-Union beziehen und auch zum Jahrespreis von 15,- Euro für 6 Ausgaben abonnieren.

**BahnCard FÜR SENIOREN** muss bleiben! Mit dieser Forderung hat sich der Bundesvorstand der Senioren Union entschieden von der Absicht der Deutschen Bahn distanziert, die BahnCard für Senioren abzuschaffen: „Ausgerechnet auf Kosten der treuesten Kunden sollen Marktnischen zur Gewinnmaximierung erschlossen werden.“ Ein neues Beispiel für Verbraucherfeindlichkeit der Bahn.



ANGELA MERKEL UND HERMANN-JOSEF ARENTZ:

## Betriebsratswahlen sind so wichtig wie **politische Wahlen**

In der Bundesrepublik werden in der Zeit von 1. März bis 31. Mai über 250.000 Betriebsräte gewählt. CDU und Sozialausschüsse wollen, dass diese Wahlen dazu beitragen, Solidarität und Gerechtigkeit in der Arbeitswelt zu stärken.

Die Union ist die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Auch die gesetzliche Ausgestaltung der Mitbestimmungsidee wurde von der Union geprägt. In Zukunft werden wir weiterhin die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ins Zentrum unserer Politik stellen. Deshalb sind für uns Betriebsratswahlen ebenso wichtig wie politische Wahlen.



die Betriebsräte viele neue Herausforderungen zu: Betriebe werden ausgegründet, aufgelöst oder in kaum überschaubare Industriekonzerne integriert. In dieser Situation steigt die Verantwortung der Betriebsräte, und die Betriebsratswahlen gewinnen an Gewicht und Beachtung.

Nur ein funktionierender Betriebsrat kann die Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte, z. B. bei der immer wichtiger werdenden Flexibilisierung der Arbeitszeit oder der Erstellung von Sozialplänen, wirksam wahrnehmen. Dabei erreichen Betriebsräte oftmals viel. Mit ihrem hohen persönlichen Einsatz leisten sie nicht nur einen unverzichtbaren Beitrag zum innerbetrieblichen Frieden und Fortschritt, sondern darüber

hinaus auch einen wichtigen gesellschaftlichen Dienst. Dies verdient Anerkennung und Respekt!

---

### Stellen Sie sich als Kandidatin und Kandidat zu Verfügung

Die Betriebsräte von morgen brauchen über ihr Fachwissen hinaus ein hohes Maß an sozialer Kompetenz. In dem Bemühen, zwischen den unterschiedlichen Interessen einen sachgerechten Ausgleich zu finden, sind die Betriebsräte auf das Vertrauen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Betrieben ebenso angewiesen wie auf die Solidarität von außen. Die Union und besonders die Sozialausschüsse versuchen deshalb die Betriebs-

---

### Auf die Betriebsräte kommen neue Herausforderungen zu

Die Arbeitswelt ist im Umbruch: Die Globalisierung und der Wandel zur Wissensgesellschaft bieten vielfältige Chancen für Arbeitnehmer und Betriebe. Gleichzeitig kommen auf



räte in vielfältiger Hinsicht zu unterstützen.

Wir rufen alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Betrieben auf, sich an der Betriebsratswahl zu beteiligen. Stellen Sie sich vor allem auch selbst als Kandidatin und Kandidat für die Wahl zur Verfügung.

Noch immer gibt es betriebsratsfähige Betriebe ohne Betriebsräte. Überlegen Sie sich, ob damit nicht Chancen vergeben werden. Von den Arbeitgebern erwarten wir, die Bildung und Wahl von Betriebsräten nicht zu behindern.

**GEMEINSAMER  
AUFRUF DER  
PARTEIVORSITZENDEN UND DES  
VORSITZENDEN  
DER CHRISTLICH-  
DEMOKRATISCHEN  
ARBEITNEHMERSCHAFT (CDA)**

Wir danken ausdrücklich allen Frauen und Männern, die sich bisher als Betriebsratsmitglieder engagiert haben oder für die Wahl kandidieren. Unser Motto „Mitten im Leben“ heißt: für Arbeitnehmer da zu sein. Sie sind

die Basis unserer Partei. Betriebsräte stehen mitten im Leben und mitten in der Arbeitswelt. Sie müssen von den Parteien gehört und unterstützt werden, damit die Politik die „Bodenhaftung“ nicht verliert.

Eine Arbeitnehmervertretung ist vor allem dann erfolgreich, wenn die Belegschaft ihr gemeinsam den Rücken stärkt. Unterstützen Sie die gewählten Betriebsräte nach besten Kräften. Sie unterstützen damit eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmern und Betrieb.

**CDU-AUSLANDSVERBAND BRÜSSEL-BELGIEN**

**Im Sinne von Solidarität und Subsidiarität**

**Mit einer Erklärung zur Konstituierung des Europäischen Konvents hat sich am 26. Februar die Mitgliederversammlung des CDU-Auslandsverbands Brüssel-Belgien zu Wort gemeldet.**

Mit der Einberufung des Konvents verbindet der Auslandsverband die Erwartung auf eine grundsätzliche und demokratisch legitimierte Reform der europäischen Verträge. – nicht zuletzt wegen des bevorstehenden Beitritts der mittel- und osteuropäi-

schen Staaten und Völker zur Union.

*Unter Punkt 2 von insgesamt zwölf Forderungen der Erklärung heißt es:*

Der Europäische Konvent wird seinem historischen Auftrag nur dann gerecht werden können, wenn er als Ergebnis seiner Konsensarbeit den Entwurf eines Verfassungsvertrags vorlegt. Dieser Verfassungsvertrag sollte sich auf wesentliche Klärungen und Festlegungen beschränken, nämlich auf die Benennung

der Prinzipien und Werte, an denen sich die Union orientiert; auf die Bestätigung der Grund- und Bürgerrechte, die sie achtet; auf die Beschreibung der Institutionen, Verfahren und Instrumente, die ihr zur Verfügung stehen müssen, um ihre Ziele zu verwirklichen; sowie auf die Regeln, nach denen die Institutionen der Union und die Mitgliedstaaten (einschliesslich ihrer Regionen) im Sinne von Solidarität und Subsidiarität zusammenwirken sollen.





## ZUWANDERUNG

### Das Gesetz wird mehr verändern als alles Bisherige

Nach allem, was dieser Koalition in ihrem Reformeißer schon an Fehlern unterlaufen ist, war es kein unbilliges Verlangen der Unionsfraktion im Bundestag, mehr als einen Tag Zeit zu bekommen für das Studium des überarbeiteten Zuwanderungsgesetzes. Wenn der SPD-Politiker Wiefelpütz meint, mit den Änderungen, die auf 58 Seiten hochkomplizierter Gesetzesmaterie eingestreut wurden, könne man sich in einer Stunde vertraut machen, zeugt das nicht von Sorgfalt. Dabei geht es um ein Gesetz, das Deutschland mehr verändern wird als alles, was diese Regierung bisher auf den Weg gebracht hat. Frankfurter Allgemeine

### Die große Mehrheit ist dagegen

Stoiber hat am Ende gar

nicht mal schlechte Chancen, aus der Einwanderungsdebatte als Gewinner hervorzugehen. Denn die große Mehrheit der Bevölkerung ist gegen noch mehr Einwanderung. Ob ein Einwanderungsgesetz kommt oder nicht: Stoiber steht mit seiner Ablehnung immer auf der Seite der Bevölkerungsmehrheit. Man muss sich über die Einstellung der Bevölkerung nicht wundern. Denn die Erfahrungen der Bürger mit Einwanderung sind negativ. Sie sehen ausländische Parallelgesellschaften entstehen; die Pisa-Studie zeigt, dass ein hoher Ausländeranteil an Schulen zur Bildungsbremse wird; die Integration der Jüngeren nimmt nicht zu, sondern ab; die Einwanderung endet allzu oft in der Sozialhilfe. Davor verschließen nur Naive und Ideologen die Augen. Die Welt

### Wahlkampfthema – so oder so

Die Frage, ob die Einwanderungspolitik zum Wahlkampfthema wird, ist beantwortet: sie wird. Und das ist

nur recht und billig, denn kein anderes Vorhaben dieser Regierung wird so weit reichende gesellschaftliche Folgen haben, kein anderes so wenig rückholbar sein wie das Einwanderungsgesetz. Da die SPD die Verabschiedung ins Wahlkampfjahr gelegt hat, wird sie es auch in ihre Kampagne einbauen – so oder so.

Frankfurter Allgemeine

## STATISTIK

### Schröder fürchtet die negative Schlagzeile

Nun geht es also doch nicht so schnell wie erwartet: Die rot-grüne Bundesregierung will die Reform der Arbeitslosenstatistik auf die nächste Legislaturperiode verschieben – offiziell weil die Neufassung so kompliziert und zeitaufwendig sei, in Wahrheit doch wohl vor allem, weil Wahlkämpfer Gerhard Schröder sonst die Schlagzeile „Regierung trickst bei Arbeitslosenstatistik“ fürchten muss. Financial Times Deutschland



## Rolle rückwärts

Das hatte sich Riester fein ausgedacht: Im Windschatten der Arbeitsamtsreform wollte er auch gleich die Arbeitslosenstatistik mit renovieren. Wer keinen Job hat, soll auch die Statistik nicht belasten. 1,2 Millionen Arbeitslose hätte Riester mit seiner Operation noch vor der Bundestagswahl aus der Statistik entfernt. Garantiert weniger als die versprochenen 3,5 Millionen Arbeitslosen hätte er seinem Kanzler präsentiert. Aber so dumm ist das Volk nicht, dass es die wundersame Verringerung der Arbeitslosigkeit nicht durchschaut hätte. Im Gegenteil: Jeden Wahlkämpfer hätte es gefragt, ob der Partei nichts besseres einfalle, als mit der Statistik zu tricksen.

Rheinische Post

28. FEBRUAR

## Adieu, DM ...

Es ist natürlich nur Zufall, aber er fügt ein mächtiges

*Bild: Der Tag, an dem die Deutschen endgültig Abschied nehmen von ihrer Mark, ist auch der, an dem sie mit 14 anderen Nationen zum letzten Horizont der Europäischen Union aufbrechen, zu einer geschriebenen Verfassung. Heute hört die Mark auf, deutsches Zahlungsmittel zu sein; heute beginnt der „Konvent“ der Europäer seine Fahrt ins Neuland.*

Die Welt

## ... hallo, Konvent

*Ein neues Kapitel im Buch der europäischen Einigung: Der Konvent zur Zukunft der Europäischen Union nimmt seine Arbeit auf. Wer an historischen Vergleichen Gefallen findet, dem fällt beim Stichwort „Konvent“ die amerikanische Verfassungsgeschichte ein. Er blättert darin zurück bis zum Jahr 1787, um das europäische Projekt schon jetzt mit dem Signum des Epochalen zu versehen. In Philadelphia hatten damals dreizehn gerade unabhängig gewordene Einzelstaaten die Arbeit an einer Bundesverfassung für*

*die Vereinigten Staaten von Amerika aufgenommen.*

Frankfurter Allgemeine

## BERLIN

## Krisenstimmung

*Ist Berlin ein sinkendes Schiff, von dem sich seine Besatzung mehr und mehr zurückzieht? Die neueste Forsa-Umfrage scheint das zu bestätigen. Knapp 30 Prozent der Befragten haben schon daran gedacht, aus der Hauptstadt wegzuziehen, um anderswo ihr berufliches Glück zu finden. Besonders die Menschen „im besten Alter“ zwischen 18 und 44 Jahren denken in mehr als 40 Prozent der Fälle darüber nach, Berlin den Rücken zu kehren. Die wirtschaftliche Krise geht offenbar ihren Bewohnern an die Substanz. Teilung und Blockade, ja selbst der Mauerbau haben den Überlebenswillen der Stadt nicht brechen können. Dies soll nun durch eine wirtschaftliche Krisenstimmung samt Milliardenloch im Haushalt gelingen?*

Berliner Morgenpost



**DER  
4-MILLIONEN-  
KANZLER.**

**CDU**

Deutschland braucht wieder eine gute Wirtschaftspolitik.

**Plakat**

„Der 4-Millionen-Kanzler“

DIN A1

Best.-Nr.: 7801

25 Expl. 11,25 €

DIN A0

Best.-Nr.: 7800

25 Expl. 20,- €

**4 MILLIONEN  
ARBEITSLOSE:  
WANN WIRD ENDLICH  
REAGIERT?**

**CDU**

Deutschland braucht wieder eine gute Wirtschaftspolitik.

**Plakat**

„Wirtschaftswachstum  
made by Schröder –  
Letzter in Europa.“

DIN A1

Best.-Nr.: 7812

50 Expl. 18,- €

**Wirtschaftswachstum  
made by Schröder –  
Letzter in Europa.**



**CDU**

Deutschland braucht wieder eine gute Wirtschaftspolitik.

**Plakat**

„4 Millionen Arbeitslose:  
wann wird  
endlich reagiert?“

DIN A1

Best.-Nr.: 7803

25 Expl. 11,25 €

DIN A0

Best.-Nr.: 7802

25 Expl. 20,- €



**Postkarten-Edition „Wirtschaftswachstum made my Schröder“**

Best.-Nr.: **9815** 5 Sets (1 Set = 6 Motive) 1,85 €



**Wirtschaftswachstum made by Schröder – Letzter in Europa.**

Deutschland braucht wieder eine gute Wirtschaftspolitik. **CDU**

**Es geht eben nicht mit Links.**

Deutschland braucht wieder eine gute Wirtschaftspolitik. **CDU**

**„Wenn wir es nicht schaffen, die Arbeitslosenquote signifikant zu senken, dann haben wir es weder verdient, wiedergewählt zu werden, noch werden wir wiedergewählt.“**  
(Gerhard Schröder)

Schröder: Spiegel Nr. 23, S. 16, 1998

Schröder zum Abwahl  
030 / 250 70 230

Wir er nicht hat, hat er nicht. **CDU**

**... aber im September gibt's Zeugnisse.**

Deutschland braucht wieder eine gute Wirtschaftspolitik. **CDU**

**Der rote Faden in Schröders Wirtschaftspolitik:**

Deutschland braucht wieder eine gute Wirtschaftspolitik. **CDU**

**Falsches Pferd, Herr Schröder: Deutschland ist Letzter beim Wirtschaftswachstum in Europa.**

Deutschland braucht wieder eine gute Wirtschaftspolitik. **CDU**

**Werbemittel „Saatpostkarte Wildblume“**

Best.-Nr.: **9811**  
200 Expl. 80,- €



**Wirtschaftspolitik**

**Wirtschaftswachstum made by Schröder – Letzter in Europa.**

**CDU**

**Leporello „Wirtschaftswachstum“**

Best.-Nr.: **2813**  
100 Expl. 15,- €





Union Betriebs GmbH  
Postfach 1190  
53348 Rheinbach  
PVSt, Deutsche Post  
Entgelt bezahlt.

ABO 2600-4-2720 KV 1239 523  
G 8398

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Postfach 12 60

Beschluss

Im Osten was Neues.

Beschluss des 14. Parteitages in Dresden

Gemeinsam mehr aus Deutschland machen.

CDU

**Broschüre „Im Osten was Neues.“**

Best.-Nr.: 5824

50 Expl.: 13,00 €

Aufbau Ostdeutschland

Im Osten was Neues.



CDU

**Beschluss**

**„Im Osten was Neues“**

Best.-Nr.: 5796

10 Expl.: 5,30 €

**BESTELLANSCHRIFT**

Bertelsmann Distribution GmbH  
– IS-Versandzentrum –  
Postfach 1162,33759 Versmold  
Telefax 05241-804 1892  
e-mail:  
cdu-shop@bertelsmann.de

Alle Preise gelten zzgl. MwSt. und Versand gemäß Versandbedingungen